Verzicht auf Mieterhöhung bei der SWSG

Der Bezirksbeirat Stuttgart Nord möge beschließen:

Der Bezirksbeirat Stuttgart Nord appelliert an die Vertreter\*innen des Gemeinderats im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen, sowie an die Mitglieder der Stadtverwaltung und des Gemeinderats im Aufsichtsrat der SWSG sich für einen Verzicht auf die turnusmäßige Erhöhung der Mieten in allen SWSG-Wohnungen einzusetzen.

Begründung:

Im Stadtbezirk Stuttgart Nord hat die SWSG mit den neuen Wohnungen im Bürgerhospital mehr als 800 Wohnungen.

Die SWSG hat bei den neuen Wohnungen im Bürgerhospital
Kaltmieten von 15 Euro und Warmmieten von 20 Euro verlangt.

Interessant wichtig zu wissen ist, dass sie die Wohnungen seit Monaten anbieten und laut Immoscout bisher nur 67 % vermietet sind. Wenn das bezahlbare Wohnungen wären, wären die schon alle weg.

Außerdem sollten wir die SWSG auffordern dem Bezirksbeirat Auskunft darüber zu geben, was mit dem Personalwohnheim in der Lenzhalde 35 ((aktuell sind dort 244 Appartment oder Zimmer für Klinikumsbeschäftigte) passiert. Der ursprüngliche Plan
war Abriss und Neubau, wobei zu befürchten ist, dass keine
Personalwohnungen mehr entstehen, sondern vielleicht sogar
Eigentumswohnungen. Das ist eine sehr noble Wohnlage.

Die SWSG erhöht üblicherweise alle drei Jahre die Kaltmieten. Im Juli 2022 wurden die Kaltmieten um bis zu 6% bzw. bis zu 30 Euro/Monat erhöht. Die Betriebs- und vor allem die Heizkosten sind noch stärker gestiegen. Die Inflation frisst den Menschen die Einkommen weg. Aufgrund der Wirtschaftskrise verlieren nun Menschen ihre Jobs, werden in Kurzarbeit geschickt und müssen Lohnkürzungen hinnehmen. Viele stehen vor der Entscheidung, Geld für die Miete oder Essen auszugeben. Aus Angst vor hohen Heizkostennachzahlungen heizen manche Mieter gar nicht mehr. Andere heizen ihre Wohnung weit unterhalb der Wohlfühltemperatur.

Für Normal- und Geringverdiener und Rentner:innen sind die Wohnungskosten längst zum existenziellen Problem geworden.

Neu gebaute Sozialwohnungen kosten inzwischen 9,50 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter. Das sind 3 Euro mehr pro Quadratmeter als Sozialwohnungen, die die SWSG in verschiedenen Stadtteilen abgerissen hat und weiter abreisst.

Die SWSG hat im Jahr 2023 einen Gewinn von 12 Millionen Euro erwirtschaftet. Damit könnten die Mieten der frei finanzierten Wohnungen bei der SWSG um einen Euro gesenkt werden. Dann wären immer noch um die 3 Millionen Euro Gewinn übrig. Die SWSG wäre also immer noch handlungsfähig.

Die städtische SWSG als größte Wohnungsgesellschaft in der Stadt muss ihren Beitrag zur Dämpfung der Mietenentwicklung in Stuttgart leisten, denn ihr Gesellschaftszweck legt sie darauf fest, eine „sozial verantwortbare“ Wohnungsversorgung zu wirtschaftlich vertretbaren Bedinungen sicherzustellen. Die Vertreibung von Mieter:innen aus der Stadt durch hohe Mieten muss aufhören. Der Verzicht auf die geplante Mieterhöhung ist deshalb dringend notwendig.